

Das Bundesgericht macht im Jahr 1895 einen abenteuerlichen Abstecher auf den Säntis **SEITE 10**

Coachs unterliegen wenigen gesetzlichen Vorschriften, umso wichtiger ist für den Klienten ihre Integrität **SEITE 11**

# Überrissene Löhne für Entwicklungshelfer

Der Bund engagiert sich in Simbabwe – ein interner Bericht kritisiert die fürstlichen Saläre von lokalen Projektpartnern

TOBIAS GAFAFER

11 Milliarden Franken sieht der Bund für die Entwicklungszusammenarbeit und Auslandshilfe in den nächsten vier Jahren vor. Im Juni hat die Vorlage im Nationalrat die erste Hürde genommen. Das Steuergeld soll möglichst wirtschaftlich verwendet werden. Ein Bericht der internen Revision des Aussendepartements (EDA) von 2019 kommt jedoch zum Schluss, dass dieses Ziel in Simbabwe verfehlt wurde.

Die Kontrolleure überprüften die Schweizer Botschaft in Harare und das Regionalprogramm der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) für das südliche Afrika. Dabei handelt es sich um eine Schwerpunktregion, für die von 2018 bis 2022 ein Budget von 134 Millionen Franken vorgesehen ist. Die NZZ hat gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz (BGÖ) Einsicht in den Bericht erhalten, wenn dieser auch zum Teil mit geschwärzten Stellen versehen ist.

## Hohe Tagesansätze

Das Regionalprogramm fokussiert auf die Bereiche Ernährungssicherheit und HIV beziehungsweise sexuelle Gesundheit, die annähernd die Hälfte des Budgets absorbieren. Kritik üben die Revisoren namentlich an den Salären von mehreren lokalen Deza-Partnern. Im Vordergrund steht ein Projekt, das die Situation von Kleinbauern in Simbabwe und zwei weiteren Staaten im südlichen Afrika verbessern soll. Es verfügte über Mittel von rund 10 Millionen Franken, verteilt über mehrere Jahre.

Die Kontrolleure überprüften stichprobenweise die Saläre der privaten Hilfsorganisation GRMZ, die mit dem Projekt mandatiert war. Demnach lagen die Monatslöhne der lokalen Projektleiter und des britischen Regionalmanagers mehrere tausend Dollar über jenen der bestbezahlten Programmverantwortlichen, die auf der Schweizer Botschaft in Harare arbeiten.

Der Projektdirektor von GRMZ war ein Australier. Trotz 181 Einsatztagen in zwei Jahren sei er als kurzzeitiger Experte mit einem Tagesansatz von 1050 Dollar budgetiert gewesen, konstatierten die Revisoren. Da die Hilfsorganisation als gewinnorientiertes Unternehmen registriert sei, würden Gewinne am Jah-



Die Schweiz will die Situation von Kleinbauern in Simbabwe und weiteren Ländern im südlichen Afrika verbessern. JOHN MOORE / GETTY

resende an die beiden Direktoren und die Büroleiter fliessen. Mehr noch: Im Budget seien diverse Kosten enthalten gewesen, die bereits durch die Honorare gedeckt sein sollten, etwa die Büromiete.

Der Bericht kommt zum Schluss, dass die überhöhten Löhne nicht regelkonform seien. «Ein wirtschaftlicher Mitteleinsatz von Entwicklungsgeldern sollte möglich sein.» Dies könnte mit geschicktem Verhandeln erreicht werden. Zudem sollten Kosten vermieden werden, die bereits in den Gewinnen einkalkuliert seien. Die Revisoren verlangen, dass die Botschaft in Harare zusammen mit der Berner Zentrale Massnahmen ergreift, um eine wirtschaftliche Mittelverwendung zu garantieren. Dies gelte für die Löhne von Mandatanten und bei den Kernbeiträgen, die vorwiegend an regionale Organisationen gehen.

Probleme ortet der Bericht zudem bei zwei Kooperativen in Simbabwe, die Mittel für dasselbe Projekt erhal-

ten haben. Die Revisoren hätten vor Ort ein desolates Bild der Finanzen und der Administration der Organisation erhalten. Die Lohnzahlungen der beiden Manager würden sich zwischen 4000 und fast 10 000 Dollar pro Monat bewegen.

Dass bis anhin keine Dividenden an die Anteilseigner ausgeschüttet worden seien, aber gleichzeitig fürstliche Löhne bezogen würden, lasse Zweifel am Geschäftsgebaren der Leitung aufkommen. Es müsse sichergestellt werden, dass die Eigeninteressen der Manager nicht überhandnehmen und die Kleinbauern zu den tatsächlichen Eigentümern der Kooperativen würden.

Die Erklärung, die die Deza-Verantwortlichen für die überhöhten Löhne liefern, gibt interessante Einblicke in die Entwicklungshilfe. Die australische Hilfsorganisation GRMI, die ursprünglich mit dem Projekt betraut war, wurde vor einigen Jahren von der gewinnorientierten Palladium-Gruppe übernommen.

Die Deza war jedoch mit deren Leistungen nicht mehr zufrieden und kündigte den Vertrag 2017, wie es im Bericht heisst.

## Auftrag freihändig vergeben

In der Zwischenzeit hatte sich der Leiter des simbabwischen Landesbüros von GRMI mit einigen Kollegen selbständig gemacht. Seine neue Firma GRMZ erhielt für die verbleibende Dauer freihändig den Auftrag, wegen des vorhandenen Know-hows – und weil die Zeit drängte. Das Management kannte die Löhne von Palladium, die noch höher lagen, und konnte somit aus einer starken Verhandlungsposition heraus Forderungen stellen.

Die Deza bemühe sich, je nach den Anforderungen möglichst vorteilhafte Tarife auszuhandeln, sagt ein Sprecher. Gemäss dem Prüfbericht will sie die Kritik der internen Revision bei neuen Ausschreibungen aber berücksichtigen. Die

Löhne könnten allerdings nicht während eines Mandats geändert werden. Das Projekt für die Ernährungssicherheit ist zum Ende 2019 ausgelaufen.

Die Zusammenarbeit mit den kritisierten Kooperativen hat die Entwicklungsdirektion inzwischen eingestellt. Sie bereitet gegenwärtig ein Folgeprojekt vor. Eine unabhängige Evaluation sei zum Schluss gekommen, dass das Hilfsprojekt seine Ziele erreicht habe, sagt ein Sprecher. Trotz der Kritik an den lokalen Partnern ziehen auch die Kontrolleure nicht nur negative Schlussfolgerungen: So hätten die Kleinbauern einen verbesserten Zugang zu Saatgut erhalten und könnten ihre Erzeugnisse einfacher auf den Markt bringen.

Die Vertretung in Harare arbeitet in einem schwierigen Umfeld. Simbabwe ist eines der ärmsten Länder der Welt, und die wirtschaftliche Lage hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Menschenrechtsverletzungen gehören auch nach dem Abgang von Diktator Robert Mugabe zur Tagesordnung. Zudem kam es auf der Botschaft zu Personalwechseln und Übergangslösungen, auch wenn die Zusammenarbeit mit der Berner Zentrale laut den Revisoren gut funktioniert.

Die Kontrolleure stellen jedoch grundsätzlich die Annahme in Frage, dass die Botschaft die Ressourcen dazu hat, das Regionalprogramm für das südliche Afrika effektiv zu steuern. Sie warnen vor den Reputationsrisiken, die damit verbunden sind. Dies war schon in früheren Prüfberichten zum Engagement der Deza in anderen Ländern ein Kritikpunkt, unter anderem in Burma.

Die Deza schreibt auf Anfrage, sie messe die Effizienz ihrer Arbeit kontinuierlich durch Evaluationen. Zudem überprüfe sie ihre Strategien regelmässig. Eine unabhängige Untersuchung habe 2017 ergeben, dass das Steuerungssystem ein Erfolg sei. Auf der Botschaft in Harare sei für die Aufgaben genug Personal vorhanden, zumal der grösste Teil der Hilfsprogramme an internationale oder regionale Organisationen vergeben werde.

Zumindest eine geografische Fokussierung ist jedoch geplant. Im Rahmen der Neuausrichtung der Entwicklungshilfe, die Aussenminister Ignazio Cassis (fdp.) angestossen hat, soll das Schweizer Engagement im südlichen Afrika künftig von 16 auf 3 Länder reduziert werden, darunter weiterhin Simbabwe.

# Falsche Gehörlose auf Spendenfang

Die Betrügereien mit missbrauchten Logos von Hilfswerken nehmen zu – die SBB reagieren

ANTONIO FUMAGALLI, LAUSANNE

Das Vorgehen ist immer das gleiche: Ohne ein Wort zu sprechen, suchen sich die Betrüger Passanten aus, deren Herz sie zu erweichen erhoffen. Sie strecken ihnen ein Papier unter die Nase, auf dem explizit zu Spenden zugunsten von Gehörlosen aufgerufen wird. Anders, als sie es vortäuschen, leiden die Bittsteller aber nicht unter einer Behinderung, sondern sie wollen mit dieser Masche lediglich Mitleid erregen.

Die Aufrufe kommen oftmals in Form eines Unterschriftenbogens daher, auf dem Logos von bekannten Hilfsorganisationen prangen – etwa von Handicap International (HI), einer in Genf beheimateten Nichtregierungsorganisation, die Menschen mit Behinderungen unterstützt. Das «nationale und internationale Zentrum für Kinder mit Behinderung», für welches das Geld angeblich verwendet wird, existiert schlicht

nicht. «Seit einigen Wochen explodiert die Zahl der Fälle regelrecht», sagt die Kommunikationsverantwortliche von HI, Marie Bro. Die Betrüger seien landesweit tätig, im Fokus stünden aber die Westschweiz und insbesondere das Genferseebecken.

## «Wir sammeln nie Bargeld»

Handicap International hat sich dazu entschieden, konsequent Anzeige zu erstatten, wenn ihr Fälle gemeldet werden – teilweise gegen Unbekannt. Während des partiellen Lockdown gingen fast keine Hinweise ein, jüngst habe man im Schnitt aber zwischen fünf und zehn Anzeigen pro Woche formulieren müssen, sagt Bro. Da sich wohl nur ein Bruchteil der angegangenen Passanten mit der Organisation in Verbindung setzt, dürfte es sich bei den Fällen mit juristischen Konsequenzen nur um die Spitze des Eisbergs handeln. Die Betrü-

ger stellten sich wohl auch gehörlos, um zu kaschieren, dass sie über die angeblichen Hilfsprojekte keine Auskunft erteilen könnten und möglicherweise auch keiner Landessprache mächtig seien, vermutet Bro.

Durch ihre regen Anzeigen versucht HI die moralisch verwerfliche Praxis zu unterbinden, und sie sorgt sich auch um ihren Ruf – schliesslich ist sie selbst stark auf Spenden aus der Bevölkerung angewiesen. «Wir sammeln aber ganz bewusst nie Geld auf der Strasse, sondern beschränken uns auf Informationsstände. Dort wird niemals Bargeld angenommen, sondern auf Wunsch ein Einzahlungsschein ausgehändigt», sagt Bro.

Die Kantonspolizei Waadt bestätigt die verschiedenen Anzeigen von HI und schreibt, man müsse davon ausgehen, dass nur wenige Fälle überhaupt bei der Polizei landeten. Zahlen nennt sie keine, sie hat aber auch einen Rückgang des Phänomens während des Lockdown und

einen Wiederanstieg danach festgestellt, was unter anderem auf die Grenzschliessungen zurückzuführen sei.

Handicap International ist nicht die einzige Organisation, die auf die Betrügereien aufmerksam macht. Der Schweizerische Gehörlosenbund hat erst vor wenigen Tagen ein Communiqué verschickt, in dem er zur «Vorsicht vor falschen Gehörlosen» mahnt. Es habe jüngst zahlreiche Meldungen aus der Bevölkerung gegeben.

Die Mediensprecherin Sandrine Burger präzisiert auf Anfrage, dass die Hinweise oftmals von den Kindern oder Enkeln der Geschädigten kämen, da die Betrüger betagte Personen im Visier hätten. Die falschen Spendensammler trieben nicht nur auf der Strasse, sondern auch in öffentlichen Transportmitteln vermehrt ihr Unwesen – notabene rund um den Genferseebogen.

Die Westschweizer Medienstelle der SBB bestätigt, dass sich die Hinweise

aus den Zügen in den letzten Wochen gehäuft hätten. Es gehe um Fälle von klassischem Betteln (was ebenfalls verboten ist), aber vermehrt eben auch um den Gehörlosentrick. Die Zunahme vor den Sommerferien entspreche den langjährigen Erfahrungen.

## Durchsagen im Zug

Die SBB reagieren nun auf die ungebetenen Fahrgäste. «Wir haben unser Sicherheitsdispositiv entsprechend angepasst», sagt der Sprecher Frédéric Revaz. Konkret bedeute dies, dass die rund sechzig in der Westschweiz aktiven Bahnpolizisten ihr Augenmerk auf die missbräuchlichen Sammelaktionen richten. Man rufe die Passagiere dazu auf, entsprechende Beobachtungen den Zugbegleitern zu melden. Diese wiederum bleiben gemäss Angaben der SBB bei Hinweisen nicht inaktiv: Sie warnen die Passagiere mittels Lautsprecherdurchsage.